

II-9255 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4550/13

1993 -03- 26

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lackner, Dr. Keimel, Dr. Khol,  
Dr. Lanner, Dr. Lukesch

und Kollegen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Förderung der Berufsausbildung für Lehrberufe

Derzeit wählen rund die Hälfte der österreichischen Jugendlichen eine Lehre als Ausbildungsweg. Die Bemühungen seitens des Sozialministeriums, den Lehrling zu fördern und das Image der Berufsausbildung anzuheben, sind zwar inzwischen unverkennbar, jedoch besteht nach wie vor ein deutliches Ungleichgewicht zwischen den Ausgaben für die Lehrlingsausbildung und den Ausgaben für Schüler von weiterführenden höheren Schulen. So kam bei der vor kurzem erfolgten parlamentarischen Enquete über die Zukunft der Lehrlingsausbildung zum Ausdruck, daß für einen Lehrling von Seiten der öffentlichen Hand wesentlich weniger ausgegeben wird, als für einen Schüler einer weiterführenden mittleren bzw. höheren Schule.

Weiters ist die soziale Absicherung der Berufsausbildung bei Lehrberufen nicht gegeben, ebenso ist es mit Förderungen in Richtung Durchlässigkeit nach oben derzeit schlecht bestellt: Um die Meisterprüfung in einem Handwerksberuf ablegen zu können, müssen außergewöhnliche Hürden überwunden werden. Für den Vorbereitungslehrgang zur Meisterprüfung gibt es beispielsweise keine wie immer geartete finanzielle Hilfe. Der Aspirant ist gezwungen, aus dem Wirtschaftsprozeß auszusteigen, d.h. er muß für den Vorbereitungskurs von mehreren Monaten sein Dienstverhältnis lösen, weil es gesetzlich für eine so lange Zeit keine Beurlaubung gibt. Er verliert dabei seinen Anspruch auf Abfertigung, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und ist nicht sozialversichert; er muß sich außerdem den gesamten Vorbereitungslehrgang - inklusive Kurs- und Prüfungsgebühren, Werkzeuge, Werkstück, diverse Geräte, Fahrtkosten etc. - selbst finanzieren, wobei sich Beträge um die öS 100.000.-- auflisten können.

Aufgrund dieses Tatbestandes stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales die folgende

- 2 -

## A n f r a g e:

1)

Wie gedenken Sie, in Zukunft dieses Problem zu lösen? Welche Lösungen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung können Sie sich vorstellen, um den derzeitigen Härten, insbesondere im Falle der Meisterprüfung, zu begegnen?

2)

Wie gedenken Sie in Zukunft, in Lehrberufen die Durchlässigkeit nach oben zu fördern und Weiterbildungswillige für den Besuch einer weiterführenden höheren Schule, eines Fachkollegs oder zur Ablegung der Meisterprüfung zu unterstützen?

3)

Wie werden Sie eine Imageverbesserung der handwerklichen Berufe unterstützen?

4)

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, den Meisterbrief einem Fachmaturazeugnis gleichzustellen?